

# Neugestaltung der Währungsunion steht

## Barzahlungen in den Krisenfonds werden bis 2017 gestreckt

wmu. BRÜSSEL, 25. März. Mit der Einigung auf die Einzahlungsmodalitäten für den neuen Euro-Krisenfonds ist das Paket zur Umgestaltung der Währungsunion weitgehend unter Dach und Fach. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte am Freitag zum Abschluss des EU-Gipfeltreffens in Brüssel, die endgültige Verabschiedung des Pakets sei das „politische Signal an die Märkte, dass die EU-Staaten stärker zusammen wachsen wollen“.

Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten auf deutsches Drängen hin vereinbart, die Barzahlungen zum Aufbau des Kapitalstocks des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) zeitlich zu strecken. Der Gesamtbetrag von 80 Milliarden Euro soll nun vom Inkrafttreten des ESM im Jahr 2013 an stetig aufgebaut werden. Damit werden jedes Jahr 16 Milliarden Euro fällig. Der deutsche Gesamtbeitrag von knapp 22 Milliarden Euro wird damit auf fünf Jahrestanchen von je 4,4 Milliarden Euro bis 2017 aufgeteilt.

Merkel hatte auf Druck aus den Koalitionsfraktionen den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ausgehandelten ursprünglichen Kompromiss abgelehnt. Dieser sah vor, dass 2013 schon die Hälfte der Barzahlungen zur Verfügung stehen sollte. Merkel sagte, nun ergebe sich eine „flache Linie“ deutscher Einzahlungen, die eine sinkende Nettoverschuldung in den betreffenden Jahren erlaube. Deshalb sei sie mit der Einigung zufrieden. Auch der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Klaus-Peter Flosbach, sagte, die Kernanliegen seiner Fraktion seien voll berücksichtigt worden.

Allerdings wurde in Brüssel eine Zusatzregelung getroffen, die weitere Belastungen für den Bundeshaushalt nicht ausschließt. Sie soll verhindern, dass der ESM in der Zeit des Kapitalaufbaus das angestrebte Top-Rating („AAA“) wegen einer Unterkapitalisierung verliert. Für den „unwahrscheinlichen“ Fall, dass ein großes Land zur Zeit des ESM-Kapitalaufbaus Hilfe des Fonds braucht, seien Nachschusspflichten vereinbart worden, sagte Merkel. Falls notwendig, sollen die Mitgliedstaaten zwischen 2013 und 2017 geeignete Instrumente schneller bereitstellen, um



Zahlergemeinschaft: Die Staats- und Regierungschefs Nicolas Sarkozy, Borut Pahor und Angela Merkel

Foto AP

das Verhältnis des eingezahlten Kapitals zum ausstehenden Betrag der ESM-Anleihen stets bei 15 Prozent zu halten, heißt es in der Gipfelerklärung.

Hinter diesem Satz steckt der Gedanke, dass mögliche ESM-Kredite durch einen Mindestanteil an Bareinlagen abgesichert sein müssen. Nach dem Urteil der Rating-Agenturen könnte das Top-Rating des ESM 2012 und 2013 gefährdet sein, wenn der Fonds in größerem Umfang Kredite vergeben muss. Deshalb müssten die Staaten für die ESM-Absicherung weitere Sicherheiten aufbringen. Merkel sagte, Deutschland würde gegebenenfalls mit Garantien einspringen. Letztlich müsse dies der Bundestag entscheiden.

Offen blieb in Brüssel abermals, wann Deutschland zusätzliche Bürgschaften für den derzeitigen Krisenfonds EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) aufbringen muss, der 2013 ausläuft. Die Staats- und Regierungschefs haben zwar beschlossen, dass die EFSF künftig 440 Milliarden Euro verleihen können muss. Dies erfordert deutlich höhere Bürgschaften jener sechs Staaten, die (wie Deutschland) ein AAA-Rating haben. Der Zeitpunkt der Erhöhung wurde aber auf Juni verschoben. Merkel hob hervor, dass der EFSF – wie von ihr immer angekündigt – zeitlich begrenzt werde. „Der temporäre Mechanismus läuft 2013 aus. Er wird ersetzt durch einen perma-

nenten Mechanismus“, sagte sie. Das Gesamtpaket zur Neuordnung der Währungsunion, das die Staats- und Regierungschefs am Freitag verabschiedeten, enthält neben den Bestimmungen zum Krisenfonds Regeln zur Verschärfung des EU-Stabilitätspakts sowie den von Merkel initiierten „Pakt für den Euro“, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft gesteigert werden soll. Dem ursprünglich nur von den Euro-Staaten geschlossenen Pakt sind nun noch Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien beigetreten. Deshalb heißt er jetzt „Euro-Plus-Pakt“. (EU erwartet keinen schnellen Hilfsantrag von Portugal, Seite 12)

## Heute



### „Nicht einfach aussteigen“

Jürgen Hambrecht will als einziger Industrie-Vertreter in der Ethik-Kommission für die Kernkraft werben. Deutschland könne nicht einfach aussteigen. Interview. Seite 12

### Die Bakterienkultur

Joghurtregale sind voller Heilsversprechen. Lebensmittelkonzerne verdienen damit gut, Verbraucherschützer finden das böse. Hunderte Beamte prüfen gesundheitsbezogene Reklame. Die Lounge. Seite 13

### Rückschlag für BP

Der britische Öl- und Gaskonzern BP hat sich in Russland zwischen alle Stühle gesetzt. Der Schulterabschluss mit dem Staatskonzern Rosneft verzögert sich und bringt die Briten in Schwierigkeiten. Seite 15

### Siemens baut um

Mit der Gründung einer vierten Geschäftssäule für grüne Infrastrukturtechnik will Siemens seinen Konzern stark umbauen. An diesem Montag entscheidet der Aufsichtsrat. Seite 15

### Salzgitter kritisiert Klimaplan

Wegen der steigenden Rohstoffkosten erhöht Deutschlands zweitgrößter Stahlkonzern die Preise. Die Klimaschutzpläne der EU hält der Vorstand für „existenzbedrohend“. Seite 18



### Die drei Leben der Barbara S.

Die meisten Menschen kennen Barbara Salesch als die kratzbürstige Richterin aus dem Fernsehen. Sind die Kameras aus, wird sie zur Malerin. Beruf und Chance, Seite C3

## BDI-Geschäftsführer tritt nach Indiskretionen zurück

### Schnappauf will „Schaden für das Verhältnis von Wirtschaft und Politik abwenden“

ami. BERLIN, 25. März. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Werner Schnappauf, ist am Freitag zurückgetreten. Er zog damit die Konsequenz aus der Veröffentlichung von Bemerkungen, die Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) vertraulich im BDI-Präsidium zur Atompolitik der Regierung gemacht hatte. Dieser hatte demnach gesagt, politische Entscheidungen seien im Zeichen von Landtagswahlen nicht immer rational. Die Opposition sah darin ein Eingeständnis, dass das Moratorium für die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke nur ein Wahlkampfmanöver sei.

Schnappauf erklärte, er stelle sein Amt als Hauptgeschäftsführer auf eigenen Wunsch zum 31. März zur Verfügung. Er übernehme „die politische Verantwortung für die Folgen einer Indiskretion, an der ich persönlich nicht beteiligt war, um möglichen Schaden für das Verhältnis von Wirtschaft und Politik abzuwenden.“ BDI-Präsident Hans-Peter Keitel sagte, er zolle Schnappauf hohen Respekt für seine Entscheidung und danke für die seit November 2007 geleistete vertrauensvolle und erfolgreiche Arbeit. Schnappauf werde den BDI auch künftig beraten.

In der Branche zeigte man sich beunruhigt darüber, dass die Regierung der Industrie eine Mitverantwortung für ein Scheitern bei den wichtigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geben könnte. Deshalb habe man ein Zeichen setzen müssen. Es wurde auch darauf verwiesen, dass Schnappauf in den



Kommunikatives Desaster in der Brüderle-Affäre: BDI-Manager Schnappauf gibt auf.

Foto Edgar Schoepal

Verbänden nicht unumstritten gewesen sei. Allerdings habe das gezielte Durchstecken des Protokolls mit der Absicht, Brüderle zu schaden, für großen Unmut in den Verbänden gesorgt. Das Protokoll war an die gut 50 Mitglieder des Präsidiums und des Vorstands versandt worden.

In Regierungskreisen hieß es, Keitel habe sich für die Indiskretion entschul-

digt. Am Vortag hatte Schnappauf noch erklärt, das Zitat aus der Sitzung am 14. März, dem Tag als die Regierung ihr „Moratorium“ verkündete, beruhe auf einem „Protokollfehler“. Brüderle sei falsch wiedergegeben worden. Allerdings wurden Teilnehmer der Sitzung in der Presse mit dem gegenteiligen Hinweis zitiert. Brüderles Sprecherin sagte unterdessen, der Minister sehe in der Indiskretion keinen Grund, künftig nicht mehr mit Vertretern der Wirtschaft, Verbänden oder Unternehmen zu sprechen.

Schnappaufs Aufgaben, laut BDI-Organigramm Wirtschafts- und Industriepolitik sowie interne Organisation, werden bis auf weiteres die beiden übrigen Mitglieder der Hauptgeschäftsführung, Dieter Schweer und Stefan Mair, wahrnehmen. Beide waren in der Ägide von BDI-Präsident Hans-Peter Keitel zum Verband gestoßen. Schnappauf war noch von Keitels Vorgänger Jürgen Thumann geholt worden, nachdem der damalige parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, der heutige Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), abgesagt hatte. Vor dem Ruf zum BDI war der Jurist Schnappauf CSU-Politiker und bayerischer Umweltminister gewesen.

## EU beschließt Stresstests für Atomkraftwerke

### Überprüfung ist freiwillig / Rückschlag für Bundesregierung und EU-Kommission

hm. BRÜSSEL, 25. März. Die Europäische Union überprüft nach der Atomkatastrophe in Japan ihre Atomkraftwerke. Die EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich am Freitag in Brüssel auf Stresstests für die 143 europäischen Kraftwerke. Die Teilnahme ist aber freiwillig. Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geforderte Selbstverpflichtung der Staaten für die Tests scheiterte insbesondere am Widerstand Großbritanniens.

Die Details der Tests sind ebenso noch offen wie die Folgen für Kraftwerke, die den Test nicht bestehen. Die nationalen Regulierer, die Behörden für nukleare Sicherheit und die EU-Kommission sollen bis Juni Durchführungsmodalitäten und Umfang der Stresstests festlegen. Dabei sollen je nach Atomkraftwerk die Folgen von Erdbeben, Hochwasser und Terroranschlägen sowie der Ausfall der Pumpsysteme und der Notstromaggregate simuliert werden.

Die Federführung soll bei den Behörden der 14 Staaten liegen, in denen Atomkraftwerke betrieben werden. Die ersten

Tests soll es in der zweiten Jahreshälfte geben. Die Ergebnisse sollen bis Ende des Jahres veröffentlicht werden. Die Staats- und Regierungschefs dringen außerdem darauf, dass auch die EU-Nachbarstaaten vergleichbare Stresstests durchführen. Für den EU-Energiekommissar Günther Oettinger ist keine besondere Rolle vorgesehen. Sein Verhalten in der Aufarbeitung der Katastrophe in Japan ist stark umstritten. Einige EU-Staaten hatten ihm vor dem Gipfeltreffen Aktionismus und die Verfolgung innenpolitischer deutscher Interessen vorgeworfen.

Die EU ist für die Frage der Nutzung der Kernenergie in den Staaten nur eingeschränkt zuständig. Oettinger hatte dennoch nach dem Beginn der Atomkatastrophe in Japan ein Sondertreffen der EU-Energieminister einberufen. Kurz davor hatte die Regierung in Berlin ein dreimonatiges Moratorium für die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke verhängt. Nach dem Treffen hatte Oettinger europäische Stresstests gefordert und die Ausarbeitung konkreter Vorgaben dafür angekündigt.

Die Kommission erhält nun faktisch nur beratende Funktion. Sie wird aber aufgefordert, den bisher vagen EU-Rechtsrahmen für Reaktorsicherheit zu überprüfen. Aus dem Umfeld Oettingers hieß es, er werde versuchen, diesen Hebel zu nutzen, um die Stresstests doch noch verpflichtend zu machen. Zudem werde die Kommission darauf dringen, dass die Atomkraftwerke nicht nur von Kontrolleuren aus dem eigenen Land überwacht würden. Dann könnten auch Kontrolleure aus atomkraftfreien EU-Staaten wie Österreich einbezogen werden.

Umweltschützer bezeichneten die Tests als Feigenblatt. Es sei nur ein Instrument, um die Bürger zu beruhigen, sagte die EU-Abgeordnete Rebecca Harms von den Grünen. RWE-Vorstand Jürgen Großmann warnte unterdessen vor übereilten Schlüssen aus der Atomkrise. In einem Schreiben an die rund 40 Unterzeichner des „Energiepolitischen Appells“, mit dem 2010 Manager und Politiker für die Kernenergie als Brückentechnik geworben hatten, warnte er vor negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort.

## Maroder Verband

Von Andreas Mihm

## Offene Fed

Von Patrick Welter

Werner Schnappauf ist zurückgetreten. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie übernimmt die politische Verantwortung für eine Indiskretion aus einer Präsidiumsrunde mit Wirtschaftsminister Brüderle, „um möglichen Schaden für das Verhältnis von Wirtschaft und Politik abzuwenden“. Das ist honorig, überzeugt aber nur bedingt. Denn es war kaum Schnappauf, der das Protokoll durchgestochen hat. Präsident Hans-Peter Keitel dürfte die Chance genutzt haben, sich eines Geschäftsführers zu entledigen, über den in der Branche nicht nur geredet wurde. Tatsächlich ist von mancher von Schnappauf mit Aplomb gestartete Initiative, ob Klimaschutz oder Organisationsreform, wenig geblieben. Die oft kritisierte fehlende Durchschlagskraft des Spitzenverbands in der Politik darf aber nicht nur dessen Führung angelastet werden. Sie ist auch Ausdruck der gegensätzlichen Lobby-Interessen im BDI, wie sie etwa in der Energiepolitik oder der Subvention von Elektroautos zutage treten. Sie sind kaum zu bündeln. Die gezielten Indiskretionen aus dem Präsidium sind Zeichen für den maroden Zustand des Verbands. Stellt sich die Frage, wie Präsident Keitel das ändern will.

Die amerikanische Zentralbank Federal Reserve will ihre Geldpolitik mit regelmäßigen Pressekonferenzen des Vorsitzenden Ben Bernanke besser erklären. Dieser Schritt zu mehr Offenheit ist lobenswert. Nicht nur die Europäische Zentralbank demonstriert schon seit Jahren, dass sich Notenbanker vor solcher wünschenswerten Kommunikation nicht fürchten müssen und sie erfolgreich als Mittel der Vertrauensbildung nutzen können. Dem besonnenen Bernanke ist zuzutrauen, dass auch ihm dies gelingen wird. Die Federal Reserve sollte sich aber keinen Illusionen hingeben. Die verbreitete Kritik an ihrer superlockeren Geldpolitik gründet überwiegend nicht in einer schlechten Kommunikation. Bernanke hatte Finanzmärkte und Öffentlichkeit im vergangenen Jahr gut auf den weiteren Ankauf von Staatsanleihen vorbereitet und vielfach die Argumetation der Zentralbank erklärt. Überzeugt hat das die in- und ausländischen Kritiker nicht, die vor mittelfristigen Inflationsgefahren warnen. Eine hochriskante Geldpolitik, die zu sehr auf scheinbare kurzfristige Erfolge abzielt, lässt sich auch durch gute Kommunikation nicht schönreden.

## Zweifel an der Hausse

Von Daniel Mohr

Warren Buffett rät zum Kauf japanischer Aktien. Der legendäre Spekulant und einer der reichsten Menschen der Welt hatte schon in den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der Lehman-Insolvenz im September 2008 Kaufgelegenheiten gesehen und diese genutzt. So erwarb er in der Finanzkrise Aktien von Goldman Sachs für fünf Milliarden Dollar. Im April wird diese Position wohl mit einem Gewinn von 1,7 Milliarden Dollar wieder geschlossen. „Sei ängstlich, wenn andere gierig sind, und sei gierig, wenn andere ängstlich sind“, beschreibt Buffett seine Regel für Aktienkäufe.

Viele Anleger folgen derzeit seinem Vorbild. Das japanische Finanzministerium registrierte seit dem Erdbeben so viele Aktienkäufe ausländischer Anleger in Japan wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2005. Der Leitindex Nikkei ist nach seinem rapiden Fall um mehr als 2000 Punkte bis auf gut 8200 Punkte nun wieder auf rund 9600 Punkte gestiegen. Die amerikanischen Aktienindizes stehen schon wieder höher als vor der Katastrophe. Der Dax nähert sich seinem Vorkatastrophenwert an.

Es ist jedoch nur eine vermeintliche Rückkehr zur Normalität. Das Umfeld für Aktien hat sich in den vergangenen Wochen rapide verschlechtert. Die Märkte nehmen an, dass die nach dem Erdbeben und den Stromausfällen stillstehenden Fabriken in Japan die Weltwirtschaft nicht ins Wanken bringen, dass Japan mit dem ihm eigenen Ehrgeiz die Folgen der Katastrophe ohne den Rückfall in eine scharfe Rezession bewältigt. Damit könnten die Börsianer recht haben.

Mehr Schwierigkeiten dürften dem Aktienmarkt hingegen die hohen Erwartungen der Akteure machen. Über Monate haben die Gewinnzuschätzungen immer neue Höchstwerte erreicht, der Optimismus für die weltwirtschaftliche Entwicklung stieg zusehends. Der Dax hat sich deshalb seit seinem Finanzkriseintief im März 2009 mehr als verdoppelt. Damals war in den Kursen viel Schwarzmalerei enthalten, vor wenigen Wochen war es hingegen Sorglosigkeit.

Hinter die Annahme ungetrübten Wirtschaftswachstums müssen nach dem Ausbruch der Unruhen in der arabischen Welt aber nun einige Fragezeichen gesetzt werden. Der Ölpreis ist um rund 30 Prozent gestiegen. Das merkt jeder Verbraucher an der Tankstelle. Es mindert sein für anderen Konsum zur Verfügung stehendes Budget und trägt zum Anstieg der Inflationsrate bei. Die Europäische Zentralbank sieht sich deshalb veranlasst, die Märkte auf eine Zinserhöhung schon im April einzustimmen. Mit dem Einläuten einer Zinswende war an den Aktienmärkten jedoch meistens aus der Gutteil einer Hausse Geschichte. Verzinste Wertpapiere gewinnen durch Leitzinserhö-

hungen relativ zu Aktien an Attraktivität. Die wirtschaftliche Dynamik wird durch höhere Finanzierungskosten gebremst.

Nun ist die Zinswende zwar noch nicht eingetreten, und das sofortige Ende aller Kursgewinne war damit auch nie verbunden. Eine Verschlechterung des Chance-Risiko-Verhältnisses an den Aktienmärkten ist durch die Aussicht auf die Zinswende jedoch unverkennbar. Sie fällt oft mit einem Hochpunkt der Konjunkturerwartungen zusammen. Am Freitag deutete schon der Ifo-Konjunkturindex einen oberen Wendepunkt zum Schlechteren an. Die für die Aktienmärkte beson-

Am Aktienmarkt herrscht Verunsicherung. Das ist kein gutes Umfeld für Privatanleger.

ders relevante Erwartungskomponente fiel so stark wie seit November 2008 nicht mehr. Sie bleibt jedoch nahe ihren historischen Höchstwerten.

Auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen sind auf hohem Niveau und unterstellen spätestens für 2012 auf Dax-Ebene Rekordgewinne. Die nun zur Ausschüttung anstehenden Dividenden bewegen sich nahe bisherigen Höchstwerten. Die Dividendenrendite der Dax-Werte von durchschnittlich rund 3,5 Prozent ist im Vergleich zu den weiterhin mageren Anlagenszinsen hoch.

Dies alles sind jedoch keine Neuigkeiten, es ist dem Markt längst bekannt. Es waren die wesentlichen Treiber der Hausse. Positive Überraschungen sind angesichts der sehr guten Datenlage und der hohen Erwartungen allerdings nun kaum mehr möglich. Derzeit ist daher so stark umstritten wie nie in der nun gut zwei Jahre währenden Aufwärtsbewegung, ob der jüngste Kursrückgang eine lange erwartete Korrektur im Aufwärtstrend war oder der Trend dadurch gebrochen worden sein könnte und nun der Übergang in eine Seitwärts- oder Abwärtsbewegung erfolgt.

Die meisten Anleger sind unentschieden. Die Umsätze an den Aktienmärkten waren in dieser Woche extrem niedrig. Die Bereitschaft, neue Positionen einzugehen, ist gering. Der scharfe Kursrückgang nach der Katastrophe in Japan hat gezeigt, wie nervös die Märkte sind.

Das ist kein gutes Umfeld für neue Aktienengagements. Die weitgehend ruhige Aufwärtsphase der Hausse dürfte vorbei sein. Nach zwei Jahren kräftiger Aufwärtsbewegung ist die von Buffett ausgemachte Einstiegsgelegenheit nun nicht mehr ausgesprochen günstig. Perfekt ist der Multimilliardär zudem auch nicht: Sein Goldman-Einstieg 2008 war zwar langfristig richtig, zunächst halbierte sich der Wert jedoch binnen weniger Wochen.

FIRMENINDEX	Seite	BP	15	Gerresheimer	18	Research in Motion	14	Trenitalia	19
Accenture	20	Cognis	18	Horgenglarus	19	Rosneft	15	TX Logistik	19
A.S. Création	18	Deutsche Bahn	18	Inverto	16	v. Nordeck International	19	Vapiano	19
Agfa-Gevaert	14	Deutscher Fachverlag	14	Koenig & Bauer	14	Salzgitter	18	Vodafone	18
Agri-Capital	19	Deutsche Telekom	18	O2	18	Siemens	15	Védat	18
BASF	18	E-Plus	18	Oracle	14	Starbucks	22	West LB	19
BHP Billiton	18	Gagfah	14	Pirelli	19	TNK-BP	16		

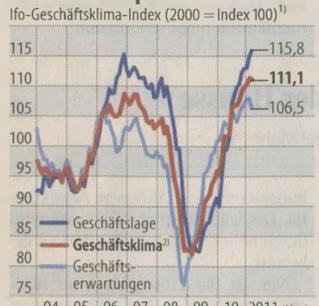
## Ifo-Index fällt bei weiter guter Stimmung leicht

pl. FRANKFURT, 25. März. Die deutsche Wirtschaft lässt sich von den diversen Krisen und Katastrophen auf der Welt nicht ins Bockshorn jagen. Im März trübte sich die Stimmung nur leicht ein. Der Ifo-Geschäftsklimaindex sank kaum merklich um 0,2 Punkte, nachdem er zuvor neun Monate nacheinander kräftig gestiegen war, wie das Münchner Institut am Freitag bekanntgab. Volkswirte hatten einen stärkeren Rückgang befürchtet.

Mit 111,1 Punkten liegt der Index, der als wichtiges Konjunkturbarometer gilt, noch nahe am höchsten Stand seit gut 40 Jahren. Deutschland befindet sich weiter im Aufschwung, sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn zu der Umfrage unter rund 7000 Unternehmen. Bankvolkswirte reagierten erfreut auf die über den Erwartungen liegenden Zahlen.

Knapp die Hälfte der Antworten der Unternehmen seien nach dem Atomunfall in Fukushima eingegangen. Die Erwartungen der Unternehmen für die Konjunktur im nächsten halben Jahr haben sich etwas verschlechtert (minus 1,4 auf 106,5 Punkte). „Insgesamt sind die Unternehmen in Deutschland jedoch weiterhin sehr zuversichtlich“, sagte Sinn. Ihre gegenwärtige Lage bezeichnen die Firmen sogar als noch besser als im Vormonat. Sowohl die Industrie als auch der Einzelhandel berichten von besseren Geschäften, etwas verhaltener sind Großhandel und Bauindustrie. Bankvolkswirte werteten die Umfrage als hoffnungsvolles Zeichen. Von einer Verlangsamung des Wachstums könne erst bei einem stärkeren und dauerhafteren Sinken die Rede sein, sagte Holger Schmieding von der Berenberg-Bank.

### Leichter Dämpfer



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel in Deutschland, Saisonbereinigte Monatswerte. 2) Mittelwert aus Geschäftslage und -erwartungen (sechs Monate). Quelle: Ifo Institut für Wirtschaftsforschung. F.A.Z.-Grafik Net

Im Gespräch: Jürgen Hambrecht, Vorstandschef der BASF und Mitglied der neuen Ethik-Kommission

## „Wir können nicht einfach aussteigen“

Jürgen Hambrecht will als einziger Industrievertreter in der Ethik-Kommission für die Kernkraft werben. Deutschland könne nicht einfach aussteigen und den Atomstrom aus dem Ausland holen.

**Herr Hambrecht, wird die Japan-Krise unsere Welt verändern?**

Die Region, die betroffen ist, macht 8 bis 10 Prozent der japanischen Wirtschaftsleistung aus, aber das sind nur Zahlen. Die Krise ist eine menschliche Katastrophe.

**Die Frage ist, wird diese Krise das Denken verändern?**

Sie wird das Denken in einem Teil der Welt verändern. Die einen lassen sich von der unaufhörlichen Bilderflut emotional aufladen, und die anderen sehen das Besondere und fragen, was tun ist, damit sich so etwas nicht wiederholt.

**Sie meinen, die Deutschen reagieren zu emotional?**

Ja. In Frankreich, Großbritannien, Amerika, aber auch in China gibt es diese starke Emotionalisierung nicht. Dort fragt man sich vor allem, was man aus dieser Krise lernen muss.

**War das Moratorium also falsch?**

Nein, im Gegenteil. Wir würden bei der BASF unsere Anlagen ebenfalls genau überprüfen und entsprechende Konsequenzen ziehen, wenn es bei einem Wettbewerber zu einem gefährlichen Unfall bei einer vergleichbaren Anlage käme. Das ist genau der richtige Weg.

**Wurde nicht die ganze Zeit der Eindruck vermittelt, die Sicherheit sei schon jetzt maximal?**

Nein. Bei aller Vorsorge können Risiken nicht zu 100 Prozent ausgeschlossen werden. Wer das will, verzichtet auf Veränderungen und Wachstum und hört auf zu lernen. Risiken ganz auszuschließen würde beispielsweise auch bedeuten, die chemische Industrie abzustellen.

**Die Frage ist doch, wie groß die Risiken sind und ob sie noch beantwortbar sind. Eine Salpetersäureanlage ist kein Atomkraftwerk.**

Um es klar zu sagen: Wer für Risikoabschluss ist, will eine andere Welt. Nachhaltigkeit, wie wir sie bei BASF verstehen,



Jürgen Hambrecht

Foto Wolfgang Eilmes

enthält immer drei Dimensionen: Wirtschaftlichkeit, Umwelt und Soziales. Wer kein Wachstum will, muss sich darüber im Klaren sein, welche sozialen Folgen das hat. Wenn man das möchte, muss man das der Bevölkerung deutlich sagen.

**Auch ohne Atomenergie gibt es Wachstum. Wenn Deutschland beweisen könnte, dass es mit erneuerbaren Energien vorankommt, wäre es plötzlich nicht hinten in der Bewegung, sondern vorne.**

Wir sind führend in den erneuerbaren Energien, und wir müssen sie auch ausbauen, keine Frage. Wenn wir aber von Heute auf Morgen umstellen, dann führt das zur Deindustrialisierung Deutschlands. Gleich hinter der Grenze stehen französische Kernkraftwerke, und die werden nicht abgeschaltet. Wir brauchen verlässliche und bezahlbare Energie, um im harten globalen Wettbewerb zu bestehen.

**Was ist mit der Frage des Endlagers? Wir könnten in Europa ein oder zwei gemeinsame sichere Endlager ausfindig machen. In anderen Ländern geht das: Die Schweiz sucht eines und wird es finden. Aber das muss man wollen, eine große gemeinsame Aufgabe, um die sich keiner richtig kümmert.**

**In der Ethik-Kommission der Bundesregierung sind Sie der einzige Unternehmensvertreter und vermutlich einer der wenigen, der diese Linie vertritt. Ist da nicht schon vorweg klar, wie die Empfehlung lauten wird?**

Lassen Sie uns doch erst einmal mit der Arbeit beginnen. Viele Mitglieder werde ich jetzt erst kennenlernen. Ich halte es für einen sinnvollen und gangbaren Weg, auf diese Art und Weise einen Kompromiss zu versuchen. Ich werde jedenfalls meine Position klar vertreten. Wir kön-

nen doch nicht einfach aussteigen und uns den Strom aus dem Ausland holen, der dort mit Kernkraft erzeugt wird, und uns dabei wohlfühlen.

**Die Mehrheit in Deutschland will keine Atomkraftwerke. Das ist Demokratie.**

Da bin ich mir nicht sicher, ob die Mehrheit so denkt. Die Politik muss den Menschen offen sagen, welche Konsequenzen ein Ausstieg hätte. Politik muss langfristig gestalten und darf nicht allein mit Blick auf die nächste Landtagswahl agieren.

**Ist es nicht auffällig, dass es ausgerechnet in einem leistungsstarken Land wie Baden-Württemberg auch die meisten Wutbürger gibt? Vielleicht gehört Unzufriedenheit dazu, um innovativ zu sein.**

Das glaube ich nicht. Bürger werden wütend, wenn Veränderungsprozesse nicht nachvollziehbar kommuniziert werden. Und wenn ein Genehmigungsprozess zwanzig Jahre dauert wie beim Stuttgarter Bahnhof. Ich kann die Wut der Leute zum Teil auch verstehen, wenn der Bau beginnt, dessen Genehmigung viele gar nicht kennen oder mit dem sie nicht mehr gerechnet haben.

**Was ist denn Ihre Lösung?**

Jeder Einzelne muss sich darauf besinnen, was für das Land wichtig ist, und nicht seine individuellen Interessen in den Vordergrund stellen.

**„Der Einzelne“ wurde schon dazu verdonnert, die Banken zu retten und jetzt muss er auch noch den Euro retten. Soll er das auch noch tun, im Sinne eines noch größeren Gemeinwohls?**

Wir sind auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa, und das ist gut so. Aber ich gebe Ihnen Recht, der Weg ist zu wenig transparent und schwer nachvollziehbar. Was die Euro-Rettung angeht, nur so viel: Auch hier sollten diejenigen die Folgen mittragen, die Spekulationen – beispielsweise mit Staatsanleihen – eingegangen sind.

**Wenn man sich Libyen betrachtet, dann ist es mit der Solidarität in Europa jedenfalls noch weit hin.**

Was die Bundesregierung hier macht, halte ich für absolut richtig. Man kann nicht in einem Land militärisch intervenieren, ohne zu definieren, wo es enden soll. Wie kommen Amerikaner und Franzosen da wieder raus? So schmerzhaft das erscheint: Das muss im Land selbst ausgeglichen werden. Im Übrigen beschreiben wir damit keinen Sonderweg, wir sind in guter Gesellschaft.

Das Gespräch führte Bernd Freytag.

## Pazifikfisch von Atomunfall in Japan unbelastet

FRANKFURT, 25. März. Trotz des Reaktorunglücks in Japan scheint der Verzehr von Fisch aus dem Pazifischen Ozean für deutsche Verbraucher unbedenklich zu bleiben. Das teilte das in Deutschland für die Überwachung von Radioaktivität in Fischprodukten zuständige Johann Heinrich von Thünen Institut (VTI) am Freitag mit. Zwar seien nach neuesten Zahlen des japanischen Forschungsministeriums 30 Kilometer vor der Küste von Fukushima im Meerwasser Konzentrationen von radioaktivem Cäsium gemessen worden, die über den Grenzwerten lägen. Die Verdünnung nehme mit zunehmendem Abstand zur Unglücksstelle derart zu, dass Verzehr von Pazifikfisch aus den großen Fanggebieten unbedenklich sei. Die EU wird ihre Sicherheitsmaßnahmen an diesem Wochenende erhöhen. Lebensmittel aus betroffenen Regionen Japans dürfen nur noch eingeführt werden, wenn sie in Japan streng kontrolliert wurden. Bisher sieht das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit keinerlei Anhaltspunkte, dass belastete Waren schon nach Deutschland gelangt sein könnten.

## FDP will Großprojekte beschleunigen

BERLIN, 25. März. Bürger sollen stärker an der Planung von Großprojekten beteiligt, die Genehmigungsverfahren aber zugleich beschleunigt werden. Diesen Vorstoß begründete die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger, mit den Erfahrungen um den Stuttgarter Bahnhof und dem Reaktorunfall in Japan. Dieser zwingt zum schnellen Ausbau von Leitungsnetzen für regenerative Energien. „Die Sitzblockade darf nicht zum letzten Instanz werden“, sagte Homburger. Die Freidemokraten regen an, bei der Planung von Verkehrs- und Energienetzen oder dem Bau von Biogasanlagen oder Chemieparks ein Vermittlungsverfahren (Mediation) vorzuschalten. Auch Bürgerentscheide sollen eine stärkere Rolle spielen. Im Gegenzug sollen die Klagemöglichkeiten von Naturschutzverbänden eingeschränkt werden. Bisher gebe es Planungszeiten von bis zu 20 Jahren, so dass Investoren Rechtssicherheit fehle. Die FDP beklagt zudem, dass strenge Naturschutzgesetze übermäßige Kosten verursachten – etwa dass in Hessen wegen einiger Kammolche ein Autobahntunnel für 50 Millionen Euro gebaut werden musste.

## EU erwartet keinen schnellen Hilfsantrag Portugals

S&P senkt Rating abermals / Regierung und Opposition versprechen Sparpolitik

BRÜSSEL, 25. März. Die EU-Staaten erwarten keinen schnellen Antrag Portugals auf Finanzhilfe aus dem Euro-Krisenfond. Mehrere Staats- und Regierungschefs haben auf dem EU-Gipfeltreffen am Freitag in Brüssel die Meinung vertreten, dass das vor zwei Wochen vom scheidenden Ministerpräsidenten José Sócrates in Brüssel zugesagte Sparprogramm nicht gefährdet sei. Sowohl Sócrates als auch Oppositionsführer Pedro Passos Coelho bekannten sich in Brüssel dazu, an dem Programm festhalten zu wollen, wenn sie einen Regierungsauftrag erhalten.

Es wird damit gerechnet, dass das portugiesische Parlament nun aufgelöst wird und in etwa zwei Monaten Neuwahlen stattfinden. Ein Hilfsantrag sei wohl erst

nach der Wahl realistisch, hieß es in Brüssel. Freilich ist offen, ob sich Portugal bis dahin noch am Markt finanzieren kann. Nach der Ratingagentur Fitch stuft am Freitag auch Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit des Landes um zwei Stufen herab. Das Rating von Schuldverschreibungen mit langer Laufzeit wurde von „A-“ auf „BBB“ gesenkt. Zudem bleibe der Ausblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des Landes negativ, teilte S&P am Freitag in London mit. Damit droht dem Land bald die nächste Abstufung bei der Kreditwürdigkeit. Die Zinsen für portugiesische Anleihen stiegen am Freitag auf einen neuen Rekord.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte in Brüssel, die weitere Glaubwürdig-

keit Portugals an den Finanzmärkten hänge entscheidend vom Verhalten der Parteien in Portugal ab. Sie dürften sich nicht nur zu den Reformzielen bekennen, sondern müssten schnell öffentlich klarmachen, wie sie diese erreichen wollten. Sócrates hatte vor zwei Wochen zugesagt, die Staatsausgaben im laufenden Jahr um weitere 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken. Sein Sparprogramm ist allerdings am Mittwoch im Parlament gescheitert. Für die beiden kommenden Jahre sind weitere Kürzungen um 2,5 Prozent und 1,2 Prozent geplant. Merkel sagte, für das laufende Jahr ließen sich die Haushaltsziele erreichen. Entscheidend seien die Jahre 2012 und 2013.

## Die Fed wagt mehr Transparenz

Regelmäßige Pressekonferenzen der Notenbank in Amerika

WASHINGTON, 25. März. Erstmals in ihrer 97 Jahre langen Geschichte wird die amerikanische Zentralbank Federal Reserve künftig regelmäßig Pressekonferenzen abhalten. Der Vorsitzende Ben Bernanke werde sich von April an vier Mal im Jahr nach geldpolitischen Sitzungen des Offenmarktausschusses Fragen von Journalisten stellen, kündigte die Bank an. Ökonomen lobten die Neuerung. „Mehr Information für die Öffentlichkeit ist eine gute Idee“, sagte Allan Meltzer von der Carnegie Mellon Universität in Pittsburgh dieser Zeitung. „Die Geldpolitik ist zu wichtig, um sie unseren Vermutungen zu überlassen, was die Zentralbank im Sinn haben.“ Die erste Konferenz ist für den 27. April angesetzt.

Der Vorsitzende Ben Bernanke soll auf den Pressekonferenzen die vierteljährlichen Projektionen des Offenmarktausschusses zur Wirtschaftsentwicklung vorstellen und zusätzliche Informationen zu den geldpolitischen Entscheidungen geben. Damit gewinnen die Wachstums- und Inflationsprognosen mehr Gewicht in der Öffentlichkeit. Bislang wurden sie erst drei Wochen nach einer Ausschusssitzung mit dem Protokoll veröffentlicht.

Die Federal Reserve reagiert auf die Kritik und – aus Sicht der Zentralbank – Missverständnisse, die sich an dem Beschluss vom November entzündeten, für weitere bis zu 600 Milliarden Dollar Staatsanleihen anzukaufen. Der Fed war danach im In- und Ausland vorgeworfen worden, mittel- und langfristige Inflationsrisiken zu schüren und eine Dollar-Abwertung zu provozieren, die zumindest bislang ausblieb. Bernanke hatte die Entscheidung schon in Reden erklärt und im Februar eine Pressekonferenz gegeben. „Die Gelegenheit, in Pressekonferenzen innovative Politiken oder Politikwechsel zu erläutern, ist für den Vorsitzenden sehr wertvoll“, sagt der Ökonom Randall Kroszner von der Chicago Universität, der von 2006 bis 2009 Mitglied im Vorstand der Fed war.

Analysten von Geschäftsbanken werten die Entscheidung für Pressekonferenzen positiv, warnen aber vor zu großen Erwartungen an Einblicke in die künftige Geldpolitik. Manche äußerten die Sorge, die Unruhe an den Finanzmärkten rund um die geldpolitischen Entscheidungen könne steigen. „Es wird einen Lernprozess geben“, sagte Kroszner. „Auf lange Sicht aber werden die Pressekonferenzen helfen, die Politik zu erklären und Schwankungen an den Märkten zu reduzieren.“ Die regelmäßigen Pressekonferenzen sind ein weiterer Schritt der Fed in einem langjährigen und mühevollen Prozess hin zu mehr Offenheit, der unter dem früheren Vorsitzenden Alan Greenspan nicht immer mit seiner begeisterten Zustimmung begann. Erst seit 1994 teilt die Fed überhaupt mit, dass sie den Leit-

zins geändert hat. Seit 2000 veröffentlicht sie Erklärungen zur Geldpolitik nach jeder Sitzung des Offenmarktausschusses. Zuletzt hatte die Zentralbank 2007 die Frequenz der seit 1979 veröffentlichten Wirtschaftsprognosen von zwei auf vier Mal im Jahr erhöht.

Die Federal Reserve schließt sich einem internationalen Trend hin zu mehr Transparenz von Zentralbanken an. Die Europäische Zentralbank und die Bank von Japan halten schon seit mehr als zehn Jahren regelmäßig Pressekonferenzen ab. Der Gouverneur der Bank von England tritt vier Mal im Jahr bei der Vorstellung des Inflationsberichts vor die Presse. Das gelegentlich zu hörende Urteil, die Federal Reserve sei unter den großen Zentralbanken der Industriestaaten die verschwiegenste, ist indes umstritten. Kroszner wies darauf hin, dass der Fed-Vorsitzende erheblich öfter vor Ausschüssen des Kongresses aufträte als der Präsident der EZB und mehr Reden halte. Ökonomen wie Meltzer verlangen von der Federal Reserve dagegen, dass sie im Sinne größerer Transparenz wie andere Zentralbanken auch ihre langfristigen geldpolitischen Ziele präzisere. Die Fed sollte auf Sicht von drei Jahren ein Inflationsziel veröffentlichen und vielleicht auch ein Beschäftigungsziel. „Wenn sie diese Ziele nicht erreichen, sollten sie wie in Neuseeland oder in England ihren Rücktritt anbieten.“ Meltzer verspricht sich davon, dass die amerikanische Zentralbank längerfristiger und verantwortlicher agiere.

### Der Weg zur Transparenz

- 1975: Der Fed-Vorsitzende erklärt zwei Mal im Jahr vor dem Kongress die Geldpolitik.
- 1979: Die Fed veröffentlicht halbjährlich Wachstumsprognosen.
- 1983: Das Beige Book zur Wirtschaftslage wird regelmäßig veröffentlicht.
- 1994: Der Offenmarktausschuss gibt Änderungen des Leitzinses bekannt.
- 2000: Erklärung zur Geldpolitik nach jeder Sitzung des Offenmarktausschusses.
- 2002: Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse schon am Tag der Entscheidung.
- 2004: Die Sitzungsprotokolle werden nach drei Wochen und nicht erst nach der nächsten Sitzung publiziert.
- 2007: Wachstumsprojektionen werden vier Mal im Jahr veröffentlicht.
- 2011: Der Vorsitzende gibt vier Mal im Jahr eine Pressekonferenz. pwe.

### Kurze Meldungen

#### Angebot in Bau-Tarifrunde

In den Tarifverhandlungen für die rund 700 000 Beschäftigten der Bauwirtschaft liegen Arbeitgeber und Gewerkschaft weit auseinander. In der zweiten Verhandlungsrunde legten die Arbeitgeber ein Angebot vor, nach dem die Löhne um 1,8 Prozent steigen sollen. Die Gewerkschaft IG BAU fordert weiter 5,9 Prozent und lehnte das Angebot als „unterirdisch“ ab. rike

#### Teurere Fahrräder

2,22 Millionen Fahrräder sind im vergangenen Jahr in Deutschland gebaut worden; das berichtete der Zweirad-Industrie-Verband am Freitag. Damit lag die Produktion in etwa auf dem Niveau von 2009. Allerdings stellten die Unternehmen teurere Räder her: Im Schnitt betrug der Produktionswert 306 Euro, ein Plus von 7 Prozent. Der Anstieg beruhte unter anderem darauf, dass mehr Fahrräder mit Elektromotor gebaut wurden. rike

#### Höheres Wachstum in Amerika

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist im vierten Quartal 2010 auf ein Jahr hochgerechnet um 3,1 Prozent gewachsen. Das zeigen neue Berechnungen des Wirtschaftsministeriums, das zuvor eine Wachstumsrate von 2,8 Prozent genannt hatte. Nach Rechnungsweise ohne Annualisierung wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt zum Vorquartal um 0,8 statt 0,7 Prozent. pwe.

#### Vereinfachung auf dem Weg

Gut eine halbe Million Arbeitnehmer kann künftig darauf verzichten, Belege über bestimmte Aufwendungen für die Steuererklärung zu sammeln. Der Bundestag befasste sich am Freitag in erster Lesung mit dem Entwurf der Regierung für das Steuervereinfachungsgesetz 2011. Zu den Einzelmaßnahmen gehört die Erhöhung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags um 80 auf 1 Euro. Die Änderung soll zum Dezember 2011 wirksam werden. enn

#### Mindestlohn in der Zeitarbeit

Die rund 900 000 Zeitarbeiter in Deutschland bekommen einen Mindestlohn. Der Bundestag beschloss am Donnerstagabend eine entsprechende Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Damit werden die vom Deutschen Gewerkschaftsbund und den Arbeitgebern tarifvertraglich festgelegten Mindestlöhne für die ganze Branche vorgeschrieben. Zeitarbeiter erhalten von Mai an im Westen mindestens 7,79 Euro und im Osten mindestens 6,89 Euro je Stunde. enn

TOP-3-Arbeitgeber mit interessanten Stellen!  
Informieren lohnt sich: [www.sas.de/jobs](http://www.sas.de/jobs)

**TOP-3-Arbeitgeber in Deutschland – dafür „Danke“ unseren Mitarbeitern!**

„Danke für unsere besondere Unternehmenskultur und für unseren gemeinsamen Erfolg. Danke auch für euer Feedback, das uns 2011 als einen TOP-3-Arbeitgeber Deutschlands ausweist.“

**Wolf Lichtenstein**  
Geschäftsführer SAS Deutschland

**GREAT PLACE TO WORK**  
DEUTSCHLANDS BESTE ARBEITGEBER  
INSTITUT FÜR DEUTSCHLAND 2011  
Handelsblatt

**sas** THE POWER TO KNOW.

[www.sas.de/bester](http://www.sas.de/bester)

SAS and all other SAS Institute Inc. product or service names are registered trademarks or trademarks of SAS Institute Inc. in the USA and other countries. © indicates USA registration. Other brand and product names are trademarks of their respective owners. © 2011 SAS Institute Inc. All rights reserved.